

Fanggebiete in Gefahr

Fischereidialog Niedersachsen: Landesregierung legt Auswahl von Verbotzonen vor. Umweltverbände fordern strengere Maßnahmen. Küstenfischer befürchten »Kutterfriedhof«

Von Oliver Rast

Der Morgen riecht nach Diesel und Salz, der Himmel ist nebelverhangen. Im Hafen von Neuharlingersiel brummen die ersten Motoren. Ein tiefes, gleichmäßiges Grollen, das durch die Planken dringt. Küstenfischer machen sich startklar. In die Fanggebiete im niedersächsischen Wattenmeer – etwa bei den ostfriesischen Inseln Spiekeroog und Langeoog. Nur: Die »rot-grüne« Landesregierung plant, die Küstenfischerei weiter einzuschränken. Neue Vorgaben der EU-Biodiversitätsstrategie sehen einen strengeren Meeresschutz vor.

Landwirtschaftsministerin Miriam Staudte und Umweltminister Christian Meyer (beide Bündnis 90/Die Grünen) stellen am heutigen Dienstag in Hannover eine Auswahl sogenannter fischereifreier Gebiete vor. Beim Fischereidialog, der seit mehr als einem Jahr zwischen entsprechenden Betrieben, Umweltorganisationen, Kommunen und Ministerien läuft, berichtete *dpa* am Sonntag. Die Karte mit den ausgewählten Gebietsvorschlägen soll mit deren Vertretern erörtert werden »und die Grundlage für den Abschluss des Niedersächsischen Fischereidialogs bilden«, steht in einer Pressemitteilung der beteiligten Ressorts für Landwirtschaft und Umwelt.

Die EU verpflichtet ihre Mitgliedstaaten zu größeren Anstrengungen. Bis 2030 müssen 30 Prozent der europäischen Gewässer unter Schutz stehen. Zehn Prozent davon gelten als streng geschützte Zonen – dort ist Fischerei verboten. Niedersachsen ist Anrainer. Das Land muss diese Vorgaben umsetzen. Eine förmliche Abstimmung über die Gebiete soll es laut des Ministerduos Staudte/Meyer nicht geben, aber es sei »ein möglichst konsensual ausgerichtetes Ergebnis beabsichtigt«. Fraglich, ob das gelingen kann – die Interessen sind sehr unterschiedlich.

Zunächst: Zur kleinen Hochsee- und Küstenfischerei Niedersachsens gehören noch rund 140 Fahrzeuge, so der Landesfischereiverband Niedersachsen. Mit ihnen werden Frischfisch, Nordseegarnelen und Muscheln angelandet. Gefangener und verarbeiteter Frischfisch wie Seelachs, Scholle, Dorsch oder Hering wird über eine eigene Handelsgesellschaft mit Stammsitz in Cuxhaven vertrieben.

Landwirtschaftsministerin Staudte nannte das neue Flächenkonzept »ausgewogen«. Es berücksichtige die Interessen der Küstenfischerei und der Kommunen an der See. Umweltminister Meyer betonte, die Auswahl der Schutzgebiete sei so getroffen, dass fischereifreie Zonen weder Betriebe noch Hafenstandorte gefährden würden. Fischer widersprechen.

Die ausgewählten Gebiete treffen ihre Hotspots, wurde Gerold Conradi, zweiter Vorsitzender des Landesfischereiverbandes Weser-Ems, im *dpa*-Bericht zitiert. Dort fischen viele Küstenbetriebe und verdienen ihr Geld. Andere Flächen könnten sie abgeben, meint Conradi. Die Fischer erwarten, dass die Vorschläge im Fischereidialog besprochen werden. Sie wollen eigene Gebietsmodelle einbringen. Es müsse ein Dialog sein, kein Monolog, so Conradi weiter. Und der Austausch an diesem Dienstag sei sicher nicht die letzte Sitzung. »Da besteht noch viel Gesprächsbedarf.« Kurz: [Die Küstenfischer brauchen sichere Fanggebiete, eine langfristige Perspektive](#) – und kein faktisches »Berufsverbot«, wie ein Krabben- und Muschelfischer aus der Wesermündung unlängst gegenüber dem *NDR* betonte. Kritik kommt auch von Umweltverbänden.

Die Festlegung fangfreier Bereiche kommt spät, mahnt der Nabu Niedersachsen. Die jetzt vorgeschlagenen Flächen reichen naturschutzfachlich nicht aus. Sie liegen nah an Mündungen und Fahrwassern von Ems, Jade, Weser und Elbe. Dort ist die Belastung durch Schadstoffe höher als zwischen Borkum und der Westspitze von Wangerooge.

In den naturnäheren Teilen des Wattenmeers fehlt dagegen jede fischereifreie Zone. Wichtige Bereiche für Muschelbänke, Seegraswiesen und Seemoosbestände bleiben ungeschützt. Auch die schutzbedürftigen Steinriffe bei Borkum finden kaum Beachtung.

Schärfer reagierte die Deutsche Umwelthilfe (DUH). Deren Bundesgeschäftsführer Sascha Müller-Kraenner forderte am Montag ein Verbot von Grundschieppnetzen im Nationalpark Wattenmeer – besonders bei der Krabbenfischerei. Die für ein Schutzgebiet vorgeschriebene Umweltverträglichkeitsprüfung für »diese zerstörerische Form der Fischerei« sei zudem nie durchgeführt worden. Würden Landesbehörden nicht handeln, werde die DUH klagen – Müller-Kraenner: »Grundschieppnetze müssen raus aus dem Wattenmeer.«

Bereits jetzt werden die Vorschläge für die geplanten Verbotszonen von den zumeist familiengeführten Küstenbetrieben als Drohung empfunden. Die Aussicht ist düster: kein Brummen der Motoren mehr, kein Grollen durch die Planken – [statt dessen ein Kutterfriedhof im Hafen](#).

<https://www.jungewelt.de/artikel/526462.maritime-wirtschaft-fanggebiete-in-gefahr.html>